

„Politikern weiter auf die Füße treten“

Direktversicherungsgeschädigte aus Spelle setzen ihren Kampf fort

Von Ludger Jungeblut

SPELLE Als völlig unzureichend haben Bernd Schröder (68) und Manfred Lesting (64), die beide in Spelle wohnen, in einem Gespräch mit der Redaktion die vom Bundestag beschlossene Entlastung der Betriebsrentner bei der Zahlung von Sozialbeiträgen bezeichnet. Beide gehören der Regionalgruppe NRW-Nord/Rheine des Vereins Direktversicherungsgeschädigte DVG an.

„Seit dem Gesundheitsmodernisierungsgesetz von 2004 mussten die Betroffenen auf ihre Betriebsrenten, wozu auch seitdem die Direktversicherungen gehören, bei Auszahlung den vollen Beitragssatz auf die Kranken- und Pflegekassenbeiträge zahlen, und zwar den Arbeitnehmer- und Arbeitgeberanteil, die sogenannte Doppelverbeitragung“, erläuterte Schröder. Seit 2020 gelte jetzt ein Freibetrag von 159,25 Euro. Seitdem sind nach seinen Worten Beiträge nur noch für die Summe zu entrichten, die darüber liegt.

„Etwas weniger Betrug“

Das mache eine Ersparnis von monatlich 25 Euro. „Die Regierung will uns diese Lösung aber als den großen Wurf verkaufen“, sagte Schröder. Der Großteil der Betroffenen werde jetzt nur noch „etwas weniger betrogen“, meinte er, wobei er sich drastischere Worte verkneifen musste.

Diese Entlastung könne nur der erste Schritt sein, betonten Schröder und Lesting unisono. Sie wollen weiter dafür kämpfen, dass die 2004 in einer „Nacht-und-Nebel-Aktion“ eingeführte Doppelverbeitragung ab sofort mindestens um den Arbeitgeberanteil halbiert wird.

Die Bezieher von Direktversicherungen seien nach dem eklatanten Vertrauensbruch durch die rot-grüne Bundesregierung mit tatkräftiger



Prahl gefüllt ist der Aktenordner, den Bernd Schröder (links) vom bundesweit tätigen Verein Direktversicherungsgeschädigte angelegt hat. Rechts im Bild sein Mitstreiter Manfred Lesting, der ebenfalls in Spelle wohnt.

Foto: Ludger Jungeblut

Unterstützung der CDU/CSU jeweils bereits um mehrere Zitausende Euro geprellt worden, erklärten die Speller. „Bei Abschluss der Verträge ab Mitte der 70er-Jahre, die in Sonntagsreden von der Politik den Bürgern angepriesen wurden, waren diese steuerreduziert und explizit sozialversicherungsfrei“, erklärte Lesting.

Auch nach der Neuregelung des Betriebsrentenstärkungsgesetzes von 2017 würden die Bezieher von Direktversicherungen weiterhin massiv durch Sozialversicherungsbeiträge geschröpft, obwohl inzwischen die Krankenkassen auch durch die „Abzocke an uns“ erhebliche Überschüsse erwirtschaftet haben.

„Unser Verein fordert, dass die Erhebung dieser Abzüge

auf diese Form der Altersvorsorge sofort gestoppt und den Betroffenen eine Entschädigung für die jahrelang erlittenen finanziellen Einbußen gezahlt wird“, unterstrich Schröder. Maßlos enttäuscht zeigte er sich von der mangelnden Unterstützung der Gewerkschaften und Betriebsräte beim Kampf gegen „diese Ungerechtigkeit“.

Er sei sich darüber im Klaren, dass die Politik nur dann einlenke, wenn die Betroffenen weiter Druck machten, denn juristisch seien angeblich wohl „alle Messen“ gelesen. Schröder: „Besonders eindrucksvoll sind desaströse Wahlergebnisse der Regierungsparteien.“ Aber das wollten die Betroffenen letztendlich gar nicht, denn dann kämen solche Ergebnisse wie in Thüringen heraus.

„Von den 6,3 Millionen Di-

rektversicherungsgeschädigten, die sicherlich auch ein großes Wählerpotenzial darstellen, sind leider bislang erst 3500 im DVG organisiert“, sah Lesting bei den Geschädigten noch viel Luft nach oben bei der Mitgliederzahl. Auch die betroffenen Emsländer blieben leider in der Deckung.

„Starke stille Reserve“

„Wir haben eine starke ‚stille Reserve‘, die ausschließlich mit dem Wahlzettel protestiert“, hob Lesting hervor. „Nachwuchssorgen“ habe der Verein eigentlich nicht, denn es kämen jährlich rund 250 000 empörte Geschädigte dazu. Nach den Worten von Lesting sind Appelle von Politikern an junge Menschen, eine private Altersvorsorge aufzubauen, blanker Hohn, wenn der

Staat, wie 2004 geschehen, die Bürger derart hinterhältig hintergehe.

„Es ist daher dringend geboten, dass die Politik ein seriöses Konzept für die Altersvorsorge entwickelt“, hob Lesting hervor. Es müsse auch für den Vorsorgenden attraktiv sein und nicht nur für die Finanz- und Versicherungswirtschaft sowie für Krankenkassen.

Schröder und Lesting kündigten an, hochrangigen Politikern auch weiterhin auf „die Füße zu treten“ und zu nerven, zum Beispiel Paul Ziemiak und Anja Karliczek am Aschermittwoch in Recke oder Jens Spahn auf der Frerener Bürgerversammlung am 4. April um 19 Uhr im Atrium der Franziskus-De-mann-Schule. Die Politiker sollen in Pink empfangen werden.



„Im kleinen Kreis geben uns Politiker verschiedener Parteien immer wieder recht mit unserem Anliegen“, sagte Schröder. Auch gebe es seit Dezember 2018 einen CDU-Parteitagsbeschluss, die Doppelverbeitragung abzuschaffen, um die private Altersvorsorge zu fördern. „Nur fehlt den Befürwortern die Durchsetzungskraft oder der politische Willen zur Umsetzung“, merkte Lesting an.

Die Homepage des Vereins Direktversicherungsgeschädigte kann unter www.dvg-ev.org aufgerufen werden. Für weitere Informationen stehen auch Bernd Schröder, Tel. 05977 1725, Handy 0152 05903215; E-Mail schroeder.bernd@gmx.de, sowie Manfred Lesting Tel. 05977 1510, Handy 0176 73235913, E-Mail: mlesting@gmx.de, zur Verfügung.